

A N F R A G E von Franco Albanese (CVP, Winterthur) und Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)

betreffend Gleiche Spiesse für herkömmliche und digitalisierte Wirtschaft

Dank zunehmender Digitalisierung unserer Wirtschaft entziehen sich zunehmende Teile der Wirtschaft der geltenden Gesetzgebung. Der Staat benachteiligt die analoge Wirtschaft aufgrund der für die digitalisierten Geschäftsmodelle fehlenden Regeln systematisch.

Die Digitaltechnik hat sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts mit der Einführung von Computern verbreitet und als eine Schlüsseltechnologie etabliert. Basierend auf dieser Technologie ist eine Reihe von Geschäftsmodellen entstanden, welche zunehmend die etablierten und herkömmlichen konkurrenzieren. Dies geschieht umso erfolgreicher, als die Spiesse zwischen herkömmlicher und digitalisierter Wirtschaft ungleich lang sind. Beispiele dafür gibt es viele, so etwa airbnb. Hotels müssen Regeln einhalten, welche für airbnb nicht gelten: Anmeldepflicht für Gäste (Meldezettel?) – wenn diese nicht erfasst werden, dann können Steuerpflichtigen leicht umgangen werden. Unerwünschte Gäste können unerkannt bleiben, Fahnungen werden für die Polizei noch schwieriger. Die Zentrale in den USA entgeht einer Steuerauscheidung. über im Taxigewerbe: Qualifikationsanforderungen, Standplatzpflicht, Tarifpflichten, Steuerpflicht der einzelnen Fahrer/Fahrzeughalter, Steuerpflicht der Zentrale für ihre Zweigunternehmer im Kanton, Steuerauscheidung Zentrale USA-CH?

Solche und ähnliche Geschäftsmodelle sind in Zukunft vermehrt zu erwarten. Und jedes ist wieder ein wenig anders gestaltet. Gemeinsam ist ihnen allen, dass das bestehende Gewerbe Anforderungen zu erfüllen hat, welche für die Neuen nicht gelten oder nur schwierig durchzusetzen sind. Weil physische Niederlassungen in unserem Land nicht mehr nötig sind, sind für die vollständige steuerliche Erfassung die notwendigen Grundlagen zu schaffen. Die heutige Ungleichbehandlung kann nicht einfach hingenommen werden und ist deshalb zu beseitigen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann und mit welchen Massnahmen gedenkt der Regierungsrat die zunehmende Konkurrenzierung des heimischen Gewerbes durch digitalisierte Geschäftsmodelle auf vergleichbare Grundlagen zu stellen, damit sie steuerlich gleich behandelt werden?
2. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass neu entstehende Geschäftsmodelle und Anbieter entdeckt und durch die getroffenen Massnahmen erfasst werden?
3. Prüft der Regierungsrat im Konkreten die Einhaltung der für das Taxigewerbe geltenden oder geplanten (regierungsrätlicher Vorschlag für ein Taxigesetz) Pflichten für die Plattform über und die für diese fahrenden Taxihalter (und –fahrer)? Wie stellt er sicher, dass diese ihrer Steuerpflicht lückenlos nachkommen?
4. Sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, bei den Zentralen von airbnb und über oder bei weiteren solchen Geschäftsmodellen den auf den Standort Zürich fallenden Anteil der Erträge der Zentrale zu besteuern oder mittels Steuerauscheidung zurückvergütet zu erhalten? Wenn nicht, ist der Regierungsrat bereit, beim Bund einen entsprechenden Vorstoss einzureichen?
5. Wo sieht und plant der Regierungsrat Erleichterungen für die einheimische Wirtschaft?

Franco Albanese
Hans-Peter Amrein